

## **Strukturwandel in der Lausitz gestalten – Lausitzfonds einrichten**

Deutschland hat sich international dazu verpflichtet, seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 massiv zu senken, um eine gefährliche Klimakrise zu vermeiden. Im Lichte der internationalen Klimakonferenz in Paris im Dezember und dem G7 Gipfel in Elmau ist nun endlich auch bei der Bundesregierung die Erkenntnis gereift, dass die deutschen Klimaziele nur zu erreichen sind, wenn auch der fossile Kraftwerkspark und insbesondere die klimaschädliche Braunkohle ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Bislang war die Kohleverstromung aus jeglichen Klimaschutzbemühungen ausgeklammert. Nicht eine Tonne CO<sub>2</sub> wurde hier in den letzten 15 Jahren eingespart. Sigmar Gabriel will dem fossilen Kraftwerkspark, der für mehr als ein Drittel der momentanen 912 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> verantwortlich ist, nun eine minimale Reduktion von 22 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> abtrotzen. Auch wenn das aus bündnisgrüner Sicht nur ein erster Schritt sein kann, gilt es die Vorschläge des Bundeswirtschaftsministers nun auf allen Ebenen gemeinsam zu gestalten und für Planungssicherheit für die betroffenen Regionen, für die vor weiterer Abbaggerung bedrohten LausitzerInnen, die Beschäftigten und auch die Unternehmen zu schaffen.

Die Brandenburger Landesregierung steht dabei in einer besonderen Verantwortung und darf sich nicht weiter hinter ihrer Blockadehaltung verstecken. Denn Fakt ist, dass seit der Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes klar ist, dass die Kohleverstromung endlich ist. In ihren Energiestrategien hat sich die Landesregierung selbst zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub> Emissionen von 72 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 verpflichtet, was nur mit einer Reduktion der Braunkohleverstromung zu erreichen ist. Entsprechend ist der Strukturwandel in der Lausitz auch kein neues Thema, wenngleich es kein einfaches ist. Laut Angaben der Landesregierung sind aktuell ca. 10.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer direkt und indirekt in der Braunkohle beschäftigt; 2030 wären es noch ca. 5.900.

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg fordern deshalb die Landesregierung auf, umgehend einen Lausitzfonds einzurichten. Dessen Aufgabe muss es sein, die Beschäftigten der Braunkohleindustrie, die Kommunen und die Wirtschaft der Region beim Strukturwandel zu begleiten und sowohl organisatorisch als auch finanziell zu unterstützen. Der Fonds soll unter Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Gewerkschaften, Verbänden und Bevölkerung verwaltet werden, entsprechende Lösungsansätze entwickeln und auf den Weg bringen. Zur finanziellen Unterfütterung muss die Landesregierung umgehend Verhandlungen mit der Bundesregierung aufnehmen.

Anstatt ArbeitnehmerInnen, Kommunen und Unternehmen in der Lausitz allein zu lassen, muss die Landesregierung endlich ihre Hausaufgaben machen und die anstehenden Aufgaben anpacken.